



SCHWEIZERISCHE HELSINKI VEREINIGUNG FÜR DEMOKRATIE, RECHTSSTAAT UND MENSCHENRECHTE  
SWISS HELSINKI COMMITTEE FOR DEMOCRACY, RULE OF LAW AND HUMAN RIGHTS

# Rundbrief

Mai 2011

## Russland im Frühling 2011 – einige Streiflichter

**Während eines Besuchs der wichtigsten Raketenproduktionsstätte Russlands im Gebiet von Udmurtien am 21. März 2011 fragten Arbeiter Premierminister Vladimir Putin vor laufender Kamera, was er von den Ereignissen in Libyen halte. Aufgrund einer Resolution des Uno-Sicherheitsrats vom 18. März 2011, hatte eben eine Koalition westlicher Streitkräfte damit begonnen, zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung militärisch gegen Gadhafi einzugreifen.**

Zum Erstaunen der Arbeiter bezeichnete Putin in seiner Antwort die Resolution als „mangelhaft“ und „unzulänglich“. Mit schwammigen Worten fügte er hinzu: „Überhaupt erinnert sie mich an einen mittelalterlichen Aufruf zum Kreuzzug, da irgendjemand an Andere appelliert, sich an einen bestimmten Ort zu begeben, um etwas zu befreien“. Er ergänzte allerdings, dass dies seine persönlich Meinung sei.

Putins Worte vom „Kreuzzug“ lösten ein breites Spektrum an Reaktionen und Spekulationen aus, hatte Russland doch im Sicherheitsrat kein Veto gegen die Resolution eingelegt. Das russische Fernsehen strahlte den Ausschnitt mit dem „Kreuzzug“ in verschiedenen Nachrichtensendungen während zwei Stunden aus. Dann wurde er abgesetzt. Stattdessen brachte nun das Fernsehen die Zurechtweisung von Präsident Dmitri Medwedew an die Adresse seines Premierministers: „Es ist unzulässig, Ausdrücke wie ‚Kreuzzüge‘ usw. zu verwenden, die im Grunde zu einem Zusammenstoss der Zivilisationen führen. Dies ist inakzeptabel“. Zwei Tage später relativierte Vladimir Putin selbst seine früheren Aussagen an einer Pressekonferenz in Belgrad. Er meinte, das Ziel in Libyen sei zwar edel, die angewandten Mittel hingegen gäben Anlass zur Besorgnis.

In Russland sind vielfältige Interpretationen zu vernehmen, die zwischen der Annahme

eines zunehmenden Machtkampfs zwischen Präsident und Premierminister und blossen irreführenden taktischen Geplänkel zwischen den Beiden liegen. Russische Internet-Medien erinnern z.B. an eine Reihe von weiteren Meinungsverschiedenheiten in letzter Zeit. Sie weisen auf die Präsidentschaftswahlen hin, die in weniger als einem Jahr anstehen. Aus innenpolitischen Gründen ist die Hauptkandidatur für das Präsidentenamt noch nicht festgelegt. Der nächste Wahlkampf wird – so einige Medien– nicht zwischen der Regierungspartei und der Opposition, sondern zwischen den beiden politischen Führern im Lande geführt. Die Elite im Lande solle daher möglichst lange im Ungewissen darüber gehalten werden, auf welche Seite sie sich zu schlagen habe.

Die Bevölkerung bringt ihre Meinung in einer Vielzahl von Blogs im Internet zum Ausdruck. Das Internet ist auch in Russland zu einem wichtigen Kommunikationsinstrument unter der Bevölkerung geworden. Kaum jemand glaubt hier an ernstzunehmende Meinungsverschiedenheiten zwischen Premier Putin und Präsident Medwedew. Ein Blogger bringt wohl die grundsätzliche Atmosphäre im Lande am besten auf den Punkt, wenn er die beiden Leader als „zwei Hälften desselben Gehirns“ bezeichnet. Zahlreiche Kommentare untermauern aber die grösseren Sympathien, die Putin bei der Bevölkerung geniesst. Mit seinen patriotischen Äusserungen, dem dezidierten

Eintreten für ein mächtiges Russland und für eine starke Landesverteidigung weiss sich Putin immer wieder als Führungspersönlichkeit zu positionieren, zu der es – eine verbreitete Ansicht – keine Alternative gebe.

Präsident Medwedew versucht dagegen mit dem Gedanken der Modernisierung und Zivilisierung des Landes zu punkten, wofür er vom Volk eher schlecht belohnt wird. Die von ihm vollzogenen Personaländerungen im Regierungsapparat, denen in den letzten Monaten eine Reihe von Chefbeamten zum Opfer gefallen sind, die von Putin zu Beginn seiner Präsidentschaftszeit eingesetzt wurden, bringen Medwedew vermehrt den Vorwurf ein, gemeinsame Sache mit den liberalen Kräften der Jelzin-Zeit zu machen.

Viele Sympathien hat sich Medwedew in den letzten Wochen auch bei der jungen akademischen Generation verschert. Noch Anfang März versprach er den Studenten, darüber nachzudenken, wie die entstandene Konfliktsituation zwischen der Einberufung zum Militärdienst und dem Wunsch der Studenten nach einem Studium ohne Unterbruch einvernehmlich gelöst werden könnte. Bis anhin hatten Studenten die Möglichkeit, den Militärdienst bis nach dem Studiumsabschluss zurückzustellen. Der Übergang vieler Fachhochschulen zum Bologna-System in diesem Jahr wirkt sich nun aber für die Studierenden belastend aus. Nach russischer Praxis müssen die Lehrpläne der Bachelor- und Master-Studiengänge zuerst

dem Bildungsministerium zur Prüfung vorgelegt werden. Nach einer Probezeit von drei Jahren erhalten die Bologna-Schulen dann erst die sog. Akkreditierung. Solange die Hochschulen diese aber nicht haben, bekommen ihre Studenten keinen Aufschub beim Militärdienst. Zur grossen Empörung der Studierenden unterzeichnete Präsident Medwedew am 31. März 2011 einen Erlass, der die Einberufung von 218.720 Rekruten ohne Rücksichtnahme auf Berufsausbildung vorschreibt – eine Zahl, die heute auf legalem Wege nicht zu erreichen ist. Seit Jahren schon beklagen die „Soldatenmütter von St. Petersburg“ – eine der angesehensten NGO und Menschenrechtsorganisationen im Lande – die Einziehung junger Männer mit Hilfe der Polizei unter gesetzeswidrigen Umständen. Da die Armee reform, die den Übergang von der Milizarmee zur Berufsarmee in Russland bis zum Jahr 2007 vorsah, von Präsident Medwedew diesen Frühling auf Jahre hinaus als unrealisierbar erklärt wurde, ist eines der wichtigsten Modernisierungsprojekte des Landes gescheitert.

Eine Modernisierung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens wäre Russland wirklich zu wünschen, aber eine, die auch mit einem geistigen Umschwung einhergeht.

Franziska Rich,  
Vorstandsmitglied SHV

## Politische Polarisierung in Europa und die bürgerliche Mitte

Jahresveranstaltung vom 25. Januar 2011 in der Aula der Universität Zürich

**Die Schweizerische Helsinki Vereinigung (SHV), nach der Unterzeichnung der Schlussakte der KSZE 1975 in Helsinki im Februar 1977 gegründet, befasst sich traditionell mit Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in Ost- und Südosteuropa. An ihrer Jahrestagung nimmt sie regelmässig Themen auf, die den ganzen europäischen Raum und somit auch die Schweiz betreffen.**

In den letzten Jahren diskutierte sie etwa über Terrorismus und Menschenrechte, internationalen Menschenhandel, internationale Strafgerichtsbarkeit und Menschenrechte. Im November 2009 stand die Wende von 1989 im Mittelpunkt. Mit dem Weihbischof von Prag, Vaclav Maly, einem wichtigen Weggefährten von Vaclav Havel, sowie Politikern und Experten aus der Schweiz untersuchte die SHV, wie es zur Wende kam, was sie bewirkt hat und

wie die Zukunft Europas einzuschätzen ist. Das Fazit war schon damals, dass der Enthusiasmus von 1989/90 in den folgenden Jahren, geprägt von Konflikten und Krisen, zunehmender Skepsis und damit einem nüchternen Realismus gewichen ist. Zudem führen seit Beginn des 21. Jahrhunderts terroristische Attacken, wirtschaftliche und ökologische Krisen zu einer wachsenden Verunsicherung der Bevölkerung. Zukunftsängste wecken

ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis. Als Folge nimmt in zahlreichen europäischen Ländern die politische Polarisierung zu und bringt für die bürgerliche Mitte Herausforderungen, auf die sie nicht auf Anhieb die richtigen Antworten findet. Dieses Phänomen zeichnet sich auch in der Schweiz ab.

So hat die SHV ihre diesjährige Jahresveranstaltung dem Thema „Politische Polarisierung in Europa und die bürgerliche Mitte“ gewidmet. Als Hauptreferenten konnte sie Werner van Gent, den bekannten niederländisch-schweizerischen Korrespondenten von SF DRS gewinnen, der einen klaren, unbestechlichen Blick auf die Welt hat und gleichzeitig unserem Land sehr verbunden ist. An der anschliessenden Diskussion unter der Moderation von Hanspeter Spörrli, ehem. Chefredaktor des „Bund“, nahmen schweizerische Politiker und Experten teil, nämlich Nationalrätin Barbara Schmid-Federer, CVP Zürich, Prof. Dr. Gilbert Casarus, Universität Freiburg i.U.E., Prof. Dr. Daniel Thürer, Universität Zürich, und a.Nationalrat Dr. Hans Widmer, SP Luzern.

Der 25. Januar 2011 fiel zusammen mit dem Beginn des Aufstandes in Ägypten, der bekanntlich Bewegung in den ganzen Nahen Osten brachte. Mit einem Korrespondenten vom Format Werner van Gents erweiterte sich somit der Horizont des Themas für einen Moment in den ganzen Mittelmeerraum. Mit Recht hob van Gent gleich zu Beginn hervor, dass bei allen politischen Veränderungen der Rechtsstaat im Zentrum zu stehen habe. Auf ihm gründe die Demokratie und nicht umgekehrt. Würden sich alle an diesen Grundsatz halten, müsste es nicht zur Polarisierung kommen, wie wir sie heute bis in den Nahen Osten und sogar den Iran erfahren, wo sie noch viel gefährlichere Konsequenzen hat. Zur politischen Polarisierung steuern heute auch die Medien bei; man denke nur in der Schweiz an die „Arena“, die wenig Zeit für differenzierte Analysen lasse und plakative Beiträge einfordere, die aber jede Woche von einem grossen Bevölkerungskreis am Bildschirm verfolgt werde, also meinungsbildend sei. Auch Korrespondenten seien von den Redaktionen gefordert, „starke Bilder und Geschichten“ zu bringen, die Probleme mediengerecht „zu bewirtschaften“. Deutlich werde dies, so van Gent, etwa im Nahen Osten oder in Zypern, wo keine der Parteien wirklich an einer Lösung interessiert sei. Die dort ausgetragenen Konflikte betreffen aber auch Europa, das seinerseits auf Konfliktlösungen insistiere und je

nach politischer Überzeugung einzugreifen versuche. Vermehrt sollten die Medien als „Frühwarnsystem“ wirken, was aber weder in Tunesien noch etwa bei der massiven Verschuldung Griechenlands gespielt habe. Nicht die Polarisierung der politischen Meinungen auf festgefahrenen Pfaden, sondern die Suche nach innovativen Alternativen zur Lösung der Probleme führe letztlich zum Ziel. Und hier sei das ganze Spektrum der Akteure in der Demokratie aufgerufen, sich am Aufbau – oder Wiederaufbau – eines Landes zu beteiligen.

In der Diskussion war man sich einig, dass die Tendenz zur politischen Polarisierung in ganz Europa weit verbreitet ist und sich in den letzten Jahren akzentuiert hat, wie zahlreiche Wahlergebnisse zeigen. Auf die neuen Erscheinungsformen von Konflikten und Krisen, die die Menschen verunsichern, haben die traditionellen bürgerlich-christlichen und sozialdemokratischen Parteien noch keine überzeugenden Antworten gefunden. Sie halten an teils überholten Programmen fest und meiden die heute unerlässlichen Grundsatzdebatten. Populistische Parteien und Bewegungen mit leicht verständlichen Slogans und einfachen Lösungsangeboten gewinnen an Attraktivität.

In der Schweiz nimmt die Polarisierung der politischen Ansichten zwischen Links und Rechts ebenfalls zu. Aber der Kern des Problems scheint hierzulande die in der Vergangenheit staatstragende Mitte zu sein, die zwischen den beiden Polen laviert, statt selber sach- und zeitgerechte Alternativen zu entwickeln. Damit verliert sie Wähler und kann den geforderten ausgleichenden Einfluss nicht mehr ausüben. Niemand bestreitet, dass konträrkische Debatten nötig sind, um zu Ergebnissen zu gelangen. In der Vergangenheit wurde immer schon hart diskutiert und um die besten Lösungen für unser Land und die in ihm lebenden Menschen gerungen. Über viele Jahrzehnte wurde eine politische Streitkultur entwickelt, die bei Sachfragen über alle Gegensätze hinweg mit dem nötigen Respekt vor den Andersdenkenden gemeinsam nach Kompromissen und damit nach tragbaren und zukunftsgerichteten Lösungen sucht, die von allen mitgetragen werden können. Voraussetzung ist, dass der „Gegner“ nicht zum „Feind“ degradiert werden darf. Man kann sich mit Fug überlegen, ob das heute noch so ist oder ob die grossen Fragen unserer Zeit vor lauter Taktieren auf der Strecke bleiben. Die Demokratie ist zu einem Schlagwort geworden, und

man muss prüfen, welcher Stellenwert ihr heute in der politischen Diskussion zukommt. Dient sie weiterhin dem Schutz unserer Grundfreiheiten und Grundwerte, der Rechtsstaatlichkeit und den Menschenrechten oder wird sie diesen übergeordnet mit dem Risiko, sie mit entsprechenden Volksentscheiden allenfalls in Frage zu stellen?

Die letzten drei bis vier Volksabstimmungen werfen prinzipielle Fragen nach dem Stellenwert von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten, den drei Säulen jedes modernen Rechtsstaates, auf. Wie schon Werner van Gent in seiner Einführung, betonte auch die Diskussionsrunde, dass die Rechtsstaatlichkeit der Demokratie übergeordnet ist. Sie ist Garant für die Rechtssicherheit, d.h. die Demokratie muss sich innerhalb der Grundsätze des Rechtsstaates bewegen und kann diese Grundsätze nicht ritzen oder gar in Frage stellen. Dazu gehören auch grundlegende völkerrechtliche Verpflichtungen, u.a. die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarates. Die letzten Abstimmungen haben gezeigt, dass insbesondere das Initiativrecht revisionsbedürftig ist. In der jetzigen politischen Kultur ist es indessen schwierig, den ganzen Politapparat für eine solche Änderung der Bundesverfassung zu mobilisieren und der Öffentlichkeit deren Notwendigkeit zu kommunizieren. Es müssen Alternativen gesucht werden. Ein Vorschlag ist die Bildung einer „Bürgerkommission“ mit dem klar umschriebenen Mandat, die Initiativtexte in einer Vorprüfung auf ihre Vereinbarkeit mit den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit und völkerrechtlichen Verträgen wie der Menschenrechtskonvention zu untersuchen.

Darüber hinaus müssen vermehrt Anstrengungen gemacht werden, den direkten Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern so zu führen, dass sie sich ihrer eigenen Verantwortung in der direkten Demokratie wieder besser bewusst werden. Das muss in der Schule mit der staatspolitischen Bildung beginnen, die nicht, wie so oft befürchtet, politische Indoktrinierung, sondern Vermittlung von Kenntnissen sein soll, wie unser Staat funktioniert und welche wichtigen Aufgaben dabei den einzelnen Bürgerinnen und Bürgern zukommen. Die Demokratie, so wurde gesagt, darf nicht zur „Unterhaltungsdemokratie verkommen“. Demokratie bedeutet neben der eigenen Partizipation auch Respekt und Toleranz gegenüber den Andern und ein Bewusstsein, dass es des Zusammenwirkens aller Gruppierungen bedarf, um ein lebendiges Staatswesen zu erhalten und weiterzuentwickeln. In einem solchen Staat erübrigen sich schliesslich die Ängste, über die Grenzen hinweg zur Zusammenarbeit Hand zu bieten und auch schwierige Herausforderungen einer sich immer mehr vernetzenden Welt aufzunehmen.

Die Schweizerische Helsinki Vereinigung, die an der Diskussion mit drei prominenten Vorstandsmitgliedern vertreten war, wird die Entwicklung weiter im Auge behalten und - allenfalls gemeinsam mit andern Organisationen und mit besorgten Menschen in unserem Lande - versuchen, auch ihrerseits zur Entschärfung der politischen Polarisierung beizutragen und Wege zur Lösung der wirklichen Probleme unserer Zeit aufzuzeigen.

Dr. iur. Marianne von Grünigen  
Präsidentin

## Die bosnische Jugendzeitschrift SENZOR jetzt ein Projekt der SHV

**Im Rundbrief vom Dezember 2010 berichteten wir über die Jugendzeitung SENZOR, die 2004 von Gemeinden Gemeinsam Schweiz (GGG) als Folgeprojekt eines Seminars mit Jugendlichen aus dem ganzen ehemaligen Jugoslawien in Jajce/Bosnien und Herzegowina gegründet worden war. Der Vorstand der SHV beantwortete die Anfrage von GGG positiv, die Betreuung von SENZOR zu übernehmen, nachdem GGG ihre Auflösung für 2011 beschlossen hatte.**

Am 14. Mai 2011 wurde Gemeinden Gemeinsam Schweiz an ihrer letzten Mitgliederversammlung offiziell aufgelöst. Damit ging die Jugendzeitung SENZOR gemäss dem gemeinsamen Beschluss der beiden Vorstände formell an die Schweizerische Helsinki Vereinigung

über. Mit der Übergabe erhält die SHV von GGG einen Betrag in der Höhe von CHF 8'000.00, zusammengesetzt aus dem Restbetrag von CHF 5'000.00 auf dem Spezialkonto SENZOR und CHF 3'000.00 aus dem Liquidationsvermögen.

Dieses Startkapital hilft, die Übernahme fürs erste auch finanziell abzusichern.

Die Unterzeichnende vertrat die SHV an der Mitgliederversammlung und dankte GGS für die Weitergabe dieses interessanten Projekts an die SHV, begleitet von einer willkommenen Spende. Ihrerseits dankte GGS, auch im Namen der jugendlichen Zeitungsmacher, für die Bereitschaft der SHV, die Weiterführung der Zeitung ohne Einbussen für die Jugendlichen in Jajce nahtlos zu gewährleisten.

Für die SHV ist es im Hinblick auf das für den kommenden Sommer angesagte Jugendseminar in der Nähe von Jajce ein Glücksfall, gerade jetzt auf eine gut eingeführte Jugendzeitung zählen zu können. Wir ermöglichen es den jugendlichen Journalisten, in den Workshops unseres Seminars aktiv mitzuarbeiten, insbesondere im Workshop „Medien und Demokratie – Freiheit und Kontrolle“, und sich so für SENZOR weiterzubilden und die Qualität der Zeitung zu verbessern. Gleichzeitig haben wir ein Medium zur Verfügung, das eingehend über das Seminar berichten wird und sich auf diese Weise auch über die engen Grenzen von Jajce und Umgebung hinaus in weiten Teilen

Bosniens bekannt machen kann, hoffentlich mit nachhaltigen Folgen.

All diese Veränderungen gehen einher mit Erweiterungsplänen von SENZOR selbst, die die Redaktion nach einem Besuch in der Schweiz mit fachbezogenen Diskussionen im November 2009 und einem anschliessenden Erkundungsbesuch bei Experten in Sarajevo ausgearbeitet hat und zu Beginn dieses Jahres umzusetzen begann. So wurde die Redaktion durch je einen Korrespondenten aus der Republika Srpska und dem hauptsächlich kroatischen Westen des Landes aufgestockt. Und die Chefredaktorin begann, in andere Städte zu reisen, um neue Abnehmerkreise zu erschliessen und die Werbung in der Zeitschrift zu verbessern. Im Moment scheint sich diese zusätzliche Anstrengung zu bewähren. Die Auflage konnte etwas erhöht werden. Der Enthusiasmus der Jugendlichen für „ihre Zeitung“ scheint erneut zu steigen. Dennoch ist SENZOR weit davon entfernt, auf eigenen Füßen zu stehen. Trotz leichten lokalen Einnahmesteigerungen wird das Team noch lange unsere Unterstützung benötigen.

Dr. iur. Marianne von Grünigen  
Präsidentin

Wir sind daher auf Spenden angewiesen, die Sie auf das separate Konto (**Hypothekbank Lenzburg, 5600 Lenzburg 1, IBAN CH74 08307000 2505 5730 4, Clearing 8307**) mit dem Vermerk SENZOR überweisen können. Schon jetzt danken wir herzlich.

## Erfolgreiches Schulprojekt

**Vom 6. bis 10. Dezember 2010 wurde das Projekt zur Durchführung eines Menschenrechtsworkshops an der Berner Schule Lorraine erfolgreich getestet. An vier Tagen ersetzte unser Programm den herkömmlichen Schulunterricht in zwei Klassen mit insgesamt rund 40 Schülern. Die Lorraine-Schule erwies sich dabei nicht nur aufgrund der ausgezeichneten und beherzten Unterstützung durch die Lehrerschaft als optimales Versuchslabor. Das integrierte Schulmodell umfasst nicht nur unterschiedliche schulische Niveaus, sondern auch verschiedene Klassenstufen vom 7. zum 9. Schuljahr.**

Eine gewisse Spannung schwang mit, als wir am Montagmorgen unter den neugierigen Blicken einer ganzen Schar von Teenagern erklärten, was wir ihnen in den nächsten fünf Tagen näherbringen wollten. Gleich im ersten Modul, welches Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzeigen sollte, zeigten sich die Schüler aber aktiv und interessiert. Im zweiten „Spiel“, mit dem Namen „Schritt nach vorn“, mussten zugeteilte Rollen, vom erfolgreichen Fussballer bis hin zum sprachunkundi-

gen Flüchtling, mit bestimmten Freiheiten in Verbindung gebracht werden. Konnte eine bestimmte Frage mit „Ja“ beantwortet werden – z.B. „ich habe keine Angst vor der Polizei“ oder „ich werde von meinem Umfeld geschätzt“ – machte der betreffende Schüler einen Schritt nach vorn. Erwartungsgemäss, schliesslich waren die Rollen entsprechend verteilt, verformte sich die anfänglich gerade Reihe deutlich. Die anschliessende Diskussion förderte Erstaunliches zutage. Eine Schülerin,

welche sich kaum bewegt hatte und rund 20 Fragen demnach mit „Nein“ beantwortet hatte, gab an, die Rollenkarte „ich bin 20 Jahre alt und lesbisch“ gezogen zu haben. Ihre Interpretation der Rolle verblüffte uns Leiter um einiges mehr als ihre Klassenkameraden.

Ziel unseres Workshops war es, den Schülern zu verstehen zu geben, dass das vielleicht abstrakt erscheinende Konstrukt „Menschenrechte“ eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist. Jeder kann sie herleiten; sie begegnen uns genauer betrachtet jeden Tag. Nach jedem Spiel diskutierten wir mit den Schülern, welche Rechte relevant waren um sie dann mit einem konkreten Artikel in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Verbindung zu bringen. Die Wandtafel, auf welcher die identifizierten Menschenrechte befestigt wurden, füllte sich rascher als erwartet. In weiteren Modulen setzten sich die Schüler mit historischen Persönlichkeiten auseinander, die sich für Menschenrechte eingesetzt hatten, oder mussten sich als Menschenrechtsanwälte für einzelne Rechte stark machen. Auf grosse Begeisterung stiess die Aufgabe, ein Menschenrecht in einem kurzen Theater darzustellen. Jede Kleingruppe musste eine kurze Geschichte erfinden und diese ihren KameradInnen vorführen – die Kamera lief natürlich ebenfalls mit. Nicht zum ersten Mal in dieser Woche waren wir sprachlos, mit wieviel Enthusiasmus die Jugendlichen das neue Wissen umzusetzen vermochten.

Den Abschluss der Woche bildete das ebenfalls selbst kreierte „Insel-Spiel“. Jeweils in indigene Minderheit und auf die Insel zugezogene Mehrheit aufgeteilt, mussten sich die Insulaner auf eine gemeinsame Verfassung einigen. Rahmgebende Fragen nach zukünftiger Amtssprache, Landaufteilung, Wahlrecht und Regierungsform forderten den Schülern einiges an Kreativität ab. Unter einer ganzen

Bandbreite von erstaunlichen (zweisprachige Schulen, Föderalismus) sowie eher bedenklichen Lösungsansätzen (Reservat für die Minorität, sprachliche Umerziehung), setzten sich im Plenum die toleranteren Konzepte letztendlich durch. Ebenfalls spannend waren für uns die zum Teil sehr prägnanten Fragen der Schüler. So fragte uns beispielsweise ein Schüler, weshalb eigentlich die USA die Todesstrafe kenne, wenn das Recht auf Leben doch universell sei...?

Die Begeisterung der Schüler, das überschwängliche Feedback der Lehrer sowie der unsere Erwartungen übertreffende Lernerfolg, welchen die 13- bis 16-jährigen nach nur fünf Tagen vorweisen konnten waren ein mehr als befriedigender Lohn für die lange Vorbereitungszeit. Eine Fortsetzung des Projekts, wenn sie auch stark von der zeitlichen Verfügbarkeit des kleinen aber feinen Teams abhängig sein wird, wäre auf jeden Fall wünschenswert.

Eine der zahlreichen Anekdoten, die uns noch lange in Erinnerung bleiben wird, spielte sich im Rahmen der Theaterübung ab. Sie mag die Hoffnung schüren, dass, bei aller Sorge um die zunehmend von Ängsten dominierte Debatte um „Identität“ in diesem Land, eine Generation heranwächst, die unverkrampfter und ganz natürlich mit scheinbaren Gegensätzen und Unterschieden umzugehen weiss. Ein Schüler der Gruppe, die das „Verbot der Sklaverei“ in einer Szene darstellen wollte, lief ohne Scheu zum dunkelhäutigen Mitschüler einer anderen Gruppe. Er müsse nachher zu ihnen kommen, man brauche ihn unbedingt für das Stück. Eher beiläufig und frei von jeglichem Zynismus antwortete dieser: „Ah, braucht ihr noch einen Sklaven?“.

lic. phil. hist. Fabian Hunold, Vorstandsmitglied  
Co-Leiter Workshop 4: Soziale und Umweltfragen, Rolle  
der Jugendlichen in der Gesellschaft

## Von guten Riechern und spannender (Vor-)Arbeit

**Als hätte es eines Bedarfsnachweises für ein Jugendseminar in Bosnien und Herzegowina (BiH) bedurft, zeigt sich die politische Lage vor Ort zunehmend unsicher. Instabilität kann ins Chaos, jedoch auch zu positiver Veränderung führen. Im Idealfall kann das Seminar der SHV (Jajce, 28. – 31. Juli 2011) einen kleinen Beitrag zu Zweitem leisten. Die Vorbereitungen zu den Workshops kommen gut voran.**

Alarmierend sind die Signale, die uns dieser Tage aus BiH erreichen: Aufgrund der heillosen Zerstrittenheit der ethnisch dominierten bosnischen Parteien kommt im Gesamtstaat BiH seit Monaten kein funktionierendes Regierungsbündnis zustande. In der aus Kroaten und Bosniaken zusammengesetzten Föderation wurde am 17. März 2011 zwar eine bosnisch dominierte Führung installiert, jedoch mit illegalen Mitteln, wie renommierte Beobachter monieren.<sup>1</sup> Die kroatischen Parteien proben derweil den Aufstand und haben – innerhalb der bisherigen Föderation – ihr eigenes Parlament ins Leben gerufen. Dass die Serben lautstark die Entlassung der von ihnen dominierten Republika Srpska in die Unabhängigkeit verlangen, ist nicht neu. Ein Novum ist jedoch, dass sie neben diese Forderung auch noch jene der Verminderung des internationalen Einflusses in BiH in der Form der Abschaffung des Vertreters der internationalen Gemeinschaft (High Representative) stellen.

### **Our State – Our Society – Our Way?**

Ein Seminar, welches die Verantwortung des einzelnen Bürgers gegenüber seiner Gesellschaft und seines Staates zum Thema macht, sowie insbesondere der jungen Generation Wege zu eigener Handlungsfähigkeit und friedlicher Überwindung schwelender Konflikte aufzeigen will, kommt vor diesem Hintergrund zu einem idealen Zeitpunkt. Die Präsidentin der SHV hat folglich einen guten Riecher bewiesen, als sie vor einiger Zeit eine Verlagerung der Aktivität nach BiH vorgeschlagen hat. Das anstehende Seminar der SHV trägt den Titel „Our State – Our Society – Our Way“. Gearbeitet wird in vier Workshops zu den Themen „Menschenrechte und Demokratie“, „Medien und Demokratie – Unabhängigkeit und Kontrolle“, „Entscheidfindung in einer (direkten) Demokratie“ sowie „Soziale und Umweltfragen“, „Rolle der Jugendlichen in der Zivilgesellschaft“. Die Workshops werden je von einem Mitglied des SHV-Vorstandes und

einem jungen bosnischen Wissenschaftler oder NGO-Mitarbeiter gemeinsam geleitet.

### **Bericht aus der Werkstatt**

Inzwischen stehen alle Workshopleiter aus beiden Staaten fest und die Teams sind miteinander in Kontakt. Sie befinden sich momentan in der – dank modernen Kommunikationsmitteln möglich gewordenen – Phase der gemeinsamen Ausarbeitung der konkreten Gestaltung der Workshops. Dieser Prozess erweist sich als inhaltlich wie strukturell gleichermaßen spannend, werden doch bereits erste Mentalitätsunterschiede zwischen der bosnischen und der schweizerischen Seite spürbar: Während die Schweizer auf zügiges Vorschreiten drängen, da doch der Zeitpunkt Ende Juli unaufhaltsam näher rückt, scheint den Bosniern der Termin noch fern und also eher Musse geboten. Genau jene kulturellen Differenzen sind es allerdings, die echte Kooperation zu einem beidseitigen Gewinn werden lassen. Und die Arbeit schreitet stetig voran: An der Vorstandssitzung vom 10. Mai konnten die jugendlichen Schweizer Seminareilnehmer selektiert werden. Das Seminar bietet vier engagierten jungen Persönlichkeiten die Gelegenheit, sich weiter zu vernetzen und interkulturelle Erfahrungen zu sammeln. Weitere „Baustellen“ dagegen sind momentan das Finden zweier Inputreferenten für den Seminarstart. Angestrebt wird ein Dialog zwischen einem Wissenschaftler und einem jungen Politaktivisten über die politische Lage in BiH und die Rolle der Jugend in der Gesellschaft. Welchen Staat wollen wir, welche Gesellschaft schwebt uns vor und welcher Weg führt dahin? Die Inputreferate sollen die Bahn freimachen für intensive Debatten, spannenden Austausch und echte Zusammenarbeit im Rahmen unserer drei Arbeitstage in Jajce.

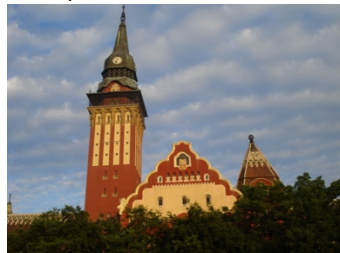
Dr. iur. Christian Sager, Vorstandsmitglied  
Co-Leiter Workshop 3 Entscheidfindung in der  
(direkten) Demokratie

<sup>1</sup>

Vgl. „Bosnia: State Institutions Under Attack“, International Crisis Group, New Briefing, 6. Mai 2011.

## Eindrücke aus den letzten beiden Jugendseminaren

### Palic, Serbien 2007



Stadtführung durch Subotica



Jugendliche diskutieren engagiert in den Workshops



Serbisches Abschlussessen

### Kappel, Schweiz 2008



Seminar im Kloster Kappel



Arbeiten in den Workshops



Gemeinsamer Grillabend und Abschied nach intensiven Tagen



## Spendenaufruf

Wir danken allen, die uns nach dem letzten Rundbrief bis heute grosszügig gespendet haben. Ihre Beiträge helfen uns, für unsere bisherigen Projekte gut über die Runden zu kommen.

Wir haben aber 2011 noch weitere Verpflichtungen. Das Jugendseminar in Bosnien und Herzegowina vom Juli 2011 erfordert auch Eigenmittel. Zudem haben wir von Gemeinden Gemeinsam Schweiz (GGs), die sich am 14. Mai 2011 auflöste (siehe Beitrag im Innern dieser Ausgabe), die Jugendzeitung SENZOR übernommen, deren Redaktion ihren Sitz in Jajce/BiH hat. SENZOR hat erstmals seit Beginn ihrer Existenz vor bald sieben Jahren Ende vergangenen Jahres einen Plan für eine bescheidene Aufstockung der Redaktion mit Korrespondenten aus der Republika Srpska sowie dem mehrheitlich kroatischen Teil der Föderation, der inhaltlichen Ausweitung in die Umgebung und – entsprechend – einen grösseren Verteilungsraum im Kanton und der Republika Srpska mit einer grösseren Auflage und mehr Werbeanzeigen ausgearbeitet. Das heisst, die Zeitung braucht für diese von der Schweiz aus immer wieder angeregte „Expansion“ auch zusätzliche finanzielle Mittel, insbesondere in der anfänglichen Aufbauphase.

Wir sind also unseren Leserinnen und Lesern sehr dankbar, wenn Sie uns auch jetzt wieder grosszügig in unserer Arbeit unterstützen. Für SENZOR haben wir ein Spezialkonto eingerichtet.

### Schweizerische Helsiniki-Vereinigung

**Sekretariat:** Netzwerk Müllerhaus

Bleicherain 7  
CH-5600 Lenzburg  
Email [info@ihf-ch.org](mailto:info@ihf-ch.org)

Telefon 062 888 01 75  
Telefax 062 888 01 01  
[www.ihf-ch.org](http://www.ihf-ch.org)

PC-Konto 80-60501-5  
Projektkonto SENZOR:  
HBL Lenzburg  
CH74 0830 7000 2505 5730 4

**Vorstand:** Marianne von Grünigen  
Präsidentin

Olivier Battaglia  
Franziska Rich  
Daniel Thürer

Fabian Hunold  
Christian Sager  
Hans Martin Tschudi

Malcolm MacLaren Hanspeter  
Spörri  
Nicole von Jacobs